

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratskolleg:innen, liebe Gäste,

wir leben in unsicheren Zeiten. Klimakrise, Energiekrise und damit zusammenhängend finanzielle Unwägbarkeiten in Hinblick auf die Einnahmen- und Ausgabensituation kommunaler Haushalte. Trotz dessen ist es gelungen, in Bovenden in gewohnt hoher Geschwindigkeit einen Haushalt aufzustellen, wofür ich allen daran beteiligten ausdrücklich danken möchte. Trotz krankheitsbedingten Ausfalls in der Kämmerei, ich sende von hier aus gute Genesungswünsche, ist es wieder gelungen einen Haushalt in dieser Geschwindigkeit und Detailtiefe aufzustellen.

Auch die Beratungen waren, das will ich bei allen Differenzen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen betonen, von der angemessenen Ernsthaftigkeit geprägt, die in Zeiten wie diesen von uns allen erwartet werden. Auch wenn die Haushaltssituation angespannt ist, können wichtige Projekte realisiert werden, stellvertretend als große Posten sei auf den Neubau der Kita in Reyershausen verwiesen, Baumaßnahmen an der Grundschule Bovenden, den weiter laufenden Stadtumbau West, die Digitalisierung der Schulen, die wir ausdrücklich begrüßen.

Gleichzeitig, und auch das begrüßen wir, wird seit langer Zeit wieder Geld in die Hand genommen, um echte Klimaschutzmaßnahmen anzuschieben. Unter Klimaschutz verstehen wir hier explizit Investitionen in Energieeffizienz, etwa den hydraulischen Abgleich im Bovender Rathaus, Zuschüsse für PV in Spanbeck oder die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Bürgerhaus und Rathaus.

Gleichwohl, das hat unsere Anfrage zum Stand der Photovoltaik auf gemeindeeigenen Dächern auch ergeben, braucht es hier nach unserer Auffassung deutlich mehr Ehrgeiz. Den ca. 134 KWp installierter Leistung 2010-2012, standen zw. 2014 & dem Zeitpunkt unserer Anfrage gerade einmal 4 KWp gegenüber. Rechnet man die 6 KWp auf dem DRK hinzu, gleicht das nicht aus, was in 10 Jahren - und das sage ich auch selbstkritisch für uns als Grüne - versäumt wurde.

Nun nützt es wenig, im Blick zurück zu verharren. Aber klar ist für uns als Grüne, dass es hier deutlich mehr haushalterischen Mut bräuchte. Der vergangene Sommer, das Klimaurteil des BVerfG, die schwache Klimakonferenz 2022, die Worte des UNO-Generalsekretärs, sie mahnen, zu handeln. Und dabei nicht auf Stadtwerke & EAM zu vertrauen, dass sie uns Freiflächen-PV installieren, sondern dass wir selbst mutig vorangehen. Und da halten wir den politischen wie haushälterischen Ansatz, behutsam vorzugehen, für einen großen Fehler - trotz oder, man muss sagen, eher wegen der Schuldenlast, die Bovenden drückt.

Denn jegliche Investitionen in Erneuerbare Energien, Wärmepumpen, Wärmenetze sind klare Investitionen in die Zukunft, ob schuldenfinanziert oder nicht. Schließlich zahlen die erwartbaren künftigen Einsparungen,

aber auch die Einnahmen aus Einspeisevergütungen bei steigenden Energiepreisen in zukünftigen Haushalten massiv ein.

Deshalb ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass PV-Anlagen in 2023 nur dort installiert werden sollen, wo dies ohne zusätzliche Investitionen möglich ist. Wir können es schlicht nicht nachvollziehen, dass hier der Weg des finanziell geringsten Widerstands gegangen wird, obwohl, nochmals, Photovoltaik in künftige Haushalte, in die Klimaziele, mithin in die Zukunftssicherheit kommender Generationen einzahlt.

Nun mag es zu unserem Antrag im Finanzausschuss, deshalb 500.000 Euro für Klimaschutz in den Haushalt einzustellen, unterschiedliche Rechtsauffassungen geben. Aber, und das ist uns doch allen klar, wäre da ein Wille gewesen, dann hätte sich auch ein Weg gefunden. Das haben doch auch vergangene Haushalte gezeigt. 1 Million für die Kreiswohnbau, Kredite zum Errichten von Kitas, all das haben wir doch unter Verweis auf die Bilanz und eine gute Zukunft für Kinder immer getragen.

Warum ausgerechnet beim Klimaschutz dieser Ansatz nicht verfolgt wird – sondern Mittel nur bei Streichung anderer Mittel freigegeben werden – das überzeugt, im Angesicht des Zieles von Klimaneutralität im Kreis bis 2035 und massiv gestiegenen Energiepreisen bei gestiegenen Einspeisevergütungen für Photovoltaik, wenig.

Wir müssen den Turbo bei der Umstellung auf Klimaneutralität zünden, würde der Klima- und Energieminister Meyer sagen, allein dafür stellt das Land im Nachtragshaushalt 700 Mio. Euro zur Verfügung. Doch wo im Land rot-grüne Einigkeit besteht, herrscht in Bovenden das Spardiktat des Bovender Bündnis. Da ändern auch erhöhte Steuereinnahmen, deutlich höhere Direktzuweisungen und weitere erwartbare Haushaltsentlastungen leider nichts.

Dabei, allein in Stadt und Landkreis Göttingen summiert sich die Entlastung durch den niedersächsischen Nachtragshaushalt auf ca. 42 Mio. Euro. Man braucht keine Glaskugel um zu erahnen, dass dies nicht spurlos am Bovender Haushalt vorbeigehen wird.

Vor diesem Hintergrund ist der Satz unseres Bürgermeisters aber zu lesen, dass nicht bekannt sei, ob der Flecken Bovenden von den jetzt beratenen Energiepreisbremsen profitiert. Auch wenn Umfang und Höhe weiter unklar sind, so zeigt sich doch, dass durch erwartbare Entlastungen Spielraum im Haushalt da gewesen wäre.

Dabei geht es mitnichten darum, die Mittel aus den Entlastungen seitens des Landes direkt in Klimaschutz zu investieren, dafür sind diese nicht gedacht. Aber die dadurch wieder frei werdenden Mittel, die sollten wir mutig investieren, wenn sie denn da sind. Aber auch da war keine Einigkeit zu erzielen. Und, auch in der mittelfristigen Haushaltsplanung, fehlt deutlicher Mut. Auch künftig soll gelten, Klimaschutz muss sich der Haushaltsdisziplin unterordnen.

Dabei reden wir bei Investitionen in Klimaschutz nicht über nice-to-haves, über Investitionen, die man tätigen kann, wenn wir irgendwo noch Gelder finden oder woanders einsparen. Ein Rücksprung dafür in einen schon beschlossenen Posten: Die Stützmauer in Rauschenwasser. Mit einem hohen sechsstelligen Betrag haben wir den letzten Haushalt belastet, mussten über den Nachtrag sogar noch nachsteuern, weil Fachleute uns sagten, hier gebe es massiven Handlungsdruck. Wir verstehen nicht, warum dieser Handlungsdruck beim Klimaschutz nur so begrenzt gesehen wird, obwohl doch auch hier Expert:innen seit vielen Jahren massiv warnen. Und nein, was wir in Bovenden tun, das reicht nicht. Und für diese Feststellung können Sie uns jedesmal kritisieren, es ändert nichts an der Tatsache, dass auch in diesem Haushalt viel zu wenig klimapolitischer Mut steckt.

Umso bitterer die Erkenntnis, dass auch für die Zukunft schon der Ton gesetzt ist, Haushaltsdisziplin in Anbetracht der Schuldenlast über den Turbo beim Klimaschutz zu stellen. Und die Schuldenlast ist beachtlich - innerhalb von vier Jahren soll der Schuldenstand von reichlich 23 Mio. Euro auf 32 Mio. Euro zu Ende 2023 ansteigen.

Ich möchte die Mehrheitsgruppe hier im Rat ernsthaft fragen, was ihr Ansatz ist hier gegenzusteuern, wenn die Antwort nicht sein darf, beim Klimaschutz zu sparen? Was ist Ihr Rezept, um nicht kommenden Generationen die Schuldenlast aufzubürden - bei den Finanzen und beim Klima? Zumal dann, wenn an anderen Stellen die Haushaltsdisziplin nicht so streng genommen wird. Ein Beispiel aus dem Nachtrag sei hier nochmals angeführt. Ihr Fahrrad Antrag, für den sie 20.000 Euro ins Schaufenster gestellt hatten.

Um sich von Planern beantworten zu lassen, wo Radwege im Flecken Bovenden umsetzbar sind. Gehen wir per Ausschluss vor: Mangels Zuständigkeit für Kreis- und Landesstraßen, darauf wies ja Ratsherr Schäfer bereits hin. Und, aufgrund der STVO, § 45, Abs. 1c nicht in Tempo 30 Zonen. Da bleibt dann, bleiben wir in Bovenden, fast nichts übrig. Und nein, liebe SPD, man wird im Plesseweg keine Schutzstreifen einrichten können, um den Verkehr zu verlangsamen. Allenfalls dann, wenn wir über Fahrradstraßen reden, ein Punkt, der Ihrem teuren Antrag fehlt und der im Bovender Orstrat, als wir das vorgeschlagen haben, von CDU und SPD abgelehnt wurde.

Aber halten wir uns nicht bei solchen teuren Schaufensteranträgen auf, sondern gehen wir noch zu einem anderen Punkt, der für uns den Haushalt nicht zustimmungsfähig macht.

Wir hatten ja angefragt, welche Kostenrisiken sie insgesamt mit Bezug zur Area drei Ost sehen. Ein Projekt i.Ü., das sämtliche Klimaschutzmaßnahmen im Flecken auf sehr viele Jahre konterkariert, weil dem Boden die Klimafunktion genommen und weil über die massive Einbringung grauer Energie die Bilanz auch mit Hecken und Fassadengrün

und auch mit PV auf dem Dach nicht kompensiert werden kann. Flächenversiegelung ist Freiheitsverbrauch, ich wiederhole diesen Satz des ZEIT-Herausgebers Bernd Ulrich gern noch einmal.

Aber zurück zum Risiko. Sie antworten auf unsere Anfrage zu Risiken bezüglich der Area 3 Ost ernsthaft, Sie sähen kein Verlustrisiko für den Flecken. Wir als Fraktion halten das in Anbetracht des anhängigen Gerichtsverfahrens bei gleichzeitig ständig schärferen Regelungen den Naturschutz betreffend und einer höheren Sensibilität bei Gerichten infolge des Klimaurteils des BVerfG mindestens für mutig. In ein solches ungewisses Projekt weiterhin Gelder zu investieren, halten wir für nicht zustimmungsfähig.

Wie auch einen Haushalt, der künftig darauf baut, dass werde schon klappen vor Gericht. Auch hier, wie ist Ihre haushälterische Antwort, sollte Area 3 Ost gekippt werden, schließlich kann kein Nachweis erbracht werden, dass sich auch nur ein zusätzliches Lerchenpaar in der Ausgleichsfläche angesiedelt hat.

Ich komme zum Schluss und will nach all der Kritik (das ist nun mal unsere Aufgabe) nochmal zu meinem Lob vom Anfang zurückkommen. In den größten Teilen tragen wir den Haushalt mit und danken nochmals für die zügige Einbringung und guten Diskussionen, schließlich sind ja auch grüne bzw. gelb-grüne Vorschläge im Haushalt inkludiert, Stichwort Ratsburgbad als großes Projekt (auch wenn wir uns auch hier – Stichwort Prüfung Quartierskonzept - mehr Mut gewünscht hätten).

Am Ende bleibt aber für uns entscheidend, dass wir den gleichzeitigen deutlichen Aufwuchs von Schulden bei insgesamt zu mutlosen Investitionen in Klimaschutz als doppelter Verschuldung ggü. kommenden Generationen nicht mit tragen wollen. Wir sind wahrlich nicht die Partei der Schuldenbremse.

Aber wenn galoppierende Schulden zur Folge haben, dass wir beim Klimaschutz hinter dem Notwendigen zurückbleiben, dann werden wir auch künftigen Haushalten nicht zustimmen. Und notwendig ist weit mehr als ein bisschen PV, was wir brauchen ist auch ein Wärmewende, da stehen wir noch ganz am Anfang, Stichwort Verbot von fossilen Heizungen in Bovenden. Ein kostenfreier Klimaschutzbeitrag, der verpasst wurde.

Jedenfalls, beim Nachtragshaushalt, das kündigen wir jetzt schon an, werden wir deshalb mutige & weitreichende Investitionen in Klimaschutz einfordern, unsere Tür für interfraktionelle Verhandlungen steht weit auf. Diesem hier vorliegenden Haushalt aber können und werden wir nicht zustimmen!